

Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative: Corona-Krise und Ausbildung

Videokonferenz 2: Lokale Handlungsansätze

Montag, den 13. Juli 2020, 14 Uhr bis 16 Uhr

Günter Buck, BAG Evangelische Jugendsozialarbeit, Stuttgart

Ergänzungen: aus Sicht der Jugendberufshilfe (JBH)/Jugendsozialarbeit (JSA)

Die COVID-19-Pandemie ist zwar eine sehr einmalige Krisen-Situation, doch im Rückblick gab es immer wieder Krisensituationen bei der (dualen) Berufsbildung:

- z.B. so um das Jahr 2005, mit relativ hoher Jugendarbeitslosigkeit von rd. 470.000 und ausuferndem Kosten im „Übergangssystem“
- z.B. 2008/09 im Zusammenhang der Finanzkrise: das WI-Jahresforum konstatierte damals (März 2010), dass die Kommunale Koordinierung kein Opfer der Finanzkrise sein darf und ihre Sicherung und Weiterentwicklung gefordert wurde.
- z.B. 2015/16 mit der Flüchtlingssituation, bei der schnell Inobhutnahmen, (Sprach-)Bildung, Arbeits-/Ausbildungskonzepte und -orte organisiert werden mussten.

Hinzu kommt die seit vielen, vielen Jahren bekannte große Bildungsabhängigkeit vom sozioökonomischen Status der Familien (siehe Berufsbildungsberichte, Bildungsberichte...)

z.B.: Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2020“ (23.06.2020): Viel Lob für die Fortschritte in der Bildungspolitik und kaum Veränderungen in den für die JBH/JSA wichtigen Aspekten wie z.B. zunehmend Disparitäten zwischen formal gering und hoch Qualifizierten; Leistungsdisparitäten bei digitalen Kompetenzen insbesondere zuungunsten der Jungen, der Schüler*innen mit Migrationshintergrund und aus Elternhäusern mit niedrigem sozialem Status; trotz des langjährigen Trends zu höherer Bildung bleiben junge Menschen wieder häufiger ohne Abschluss; nach wie vor ist der Einfluss des sozialen Hintergrunds auf den Bildungserfolg groß

Also: Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit waren immer auch schon „Not-Hilfe“.

Und Aktuell?

In der Pandemie-Situation 2020 und immer noch im Krisenmodus verschärft sich die „Spannung zwischen Erwartungen und Ressourcen“ weiter massiv (Kruse&Expertengruppe: Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe; 2010, S.19).

Bei den Trägern der Jugendberufshilfe ging es zu allererst um Sicherung der Einrichtung, um den Betrieb am Laufen zu halten. Die meisten Träger haben Mitte März sofort

reagiert.

Es zeigt sich sehr deutlich, wo/an was es fehlt: technische Infrastruktur in der Einrichtung, zum Teil auch an den Kompetenzen der Mitarbeitenden, Hardware-Verfügbarkeit bei Jugendlichen. Doch trotz aller Probleme wurde sehr schnell bei den SGB III/II-Maßnahmen auf „alternative Durchführung“ umgestellt. Das heißt: Es musste auch umgestellt werden, da sonst keine Weiterfinanzierung erfolgt wäre.

Parallel musste auch ständig mit den BA/BMAS Entwicklungen (FAQ's, BA-Weisungen, SodEG-Entwicklungen) beraten sowie unklare, zum Teil widersprüchliche, Informationen aus den verschiedenen Akteuren umgegangen werden.

Sehr viele Jugendliche konnten, entgegen mancher Erwartung, mit dieser Umstellung auf digitales Lehr-/Lernformat ganz gut umgehen. Doch eine nicht unerhebliche Anzahl hatte große Schwierigkeiten und fehlende Ressourcen. Und es wurden erhebliche sozialpädagogische Anstrengungen seitens der Mitarbeiter*innen gefordert.

Aktuell finden die meisten Angebote und Maßnahmen noch in hybrider Form (als Online- und Präsenzveranstaltungen) statt.

Ab Mitte Juni ging dann der Blick auch direkt auf die (duale) Berufliche Bildung. Z.B. wurde seitens des DGB (PM 24.06.2020) gefordert: „Schutzschirm für Ausbildung schnell umsetzen“. Und auch Verbände (BAG EJS, BAG KJS, Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit) haben entsprechend reagiert.

Nun gibt es zwar das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ mit den Prämien, doch dieses wird von den Trägern der beruflichen Bildung (bislang) als unerheblich bzw. unzureichend und umständlich eingeschätzt.

Auch die sozialen Auswirkungen („Kollateralschäden“) des Lockdowns kamen dann verstärkt in den Blick, z.B. bei Familien, Kindern und den Jugendlichen.

Z.B. zeigt die aktuelle Copsy-Studie des UKE Hamburg (PM 10.07.2020):

Das Risiko für psychische Auffälligkeiten (Hyperaktivität, emotionale oder Verhaltensprobleme, vermehrt psychosomatische Beschwerden) stieg während der Krise (26. Mai und 10. Juni) von rund 18 auf 31 %.

Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen gaben an, dass Schule und Lernen anstrengender waren als vor Corona. Das Abarbeiten der Aufgaben zu Hause teilweise extrem belastend.

Familien mit Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung waren besonders betroffen. Finanzielle Sorgen und beengte Wohnverhältnisse ohne ausreichende Rückzugsmöglichkeiten erhöhten das Risiko für psychische Auffälligkeiten.

Die Reaktion der Bundesregierung (Schutzschirme, Nachtragshaushalte) sind bekannt. Nach anfänglichem Ignorieren der Situation der gemeinnützigen Träger der sozialen Infrastruktur und durch massive Lobbyarbeit der Verbände wurde die Notwendigkeit des Erhalts der (kommunalen) Daseinsvorsorge-Infrastruktur mittels Rettungsschirme und Sonderprogramme erkannt.

Z.B. jüngst das BMFSFJ Sonderprogramm für den Erhalt der sozialen Infrastruktur für Familien, Kinder, Jugendliche und soziale Zwecke durch Darlehen und Zuschüsse auf (PM 09.07.2020): KfW-Sonderkreditprogramm; Überbrückungshilfen (Zuschüsse) und Sonderprogramm zur Stärkung gemeinnütziger Organisationen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Prognosen?

Die weiteren Entwicklungen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind derzeit schwer einzuschätzen.

Einerseits hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt (national und weltweit) und andererseits in Bezug auf die Auswirkungen auf den aktuellen und zukünftigen Ausbildungsmarkt (einschl. Praktika-Plätze) und Arbeitsmarkt (Azubi-Übernahmen).

Einige Analysen und Einschätzungen von z.B.:

- Institut der deutschen Wirtschaft: Je nach Szenario wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland absehbar um 5 bis 10 % sinken. Dieser Abschwung wird Auswirkungen auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt haben, die benachteiligte junger Menschen besonders treffen werden: Viele Unternehmen werden ihre Ausbildungsangebote reduzieren.

- Der Berufsbildungsbericht 2020 bestätigt den kontinuierlichen Rückgang der Ausbildungsangebote bei gleichzeitig steigender Anzahl junger Menschen, die keine Ausbildungsstelle finden.

- BiBB-Studie „Auswirkungen der „Corona-Krise“ auf die duale Berufsausbildung...“ Szenarien zum Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage zum Stichtag 30.09.2020

Die Entwicklungen aus bisherigen Krisenjahren machen deutlich: ein wirtschaftlicher Einbruch verringert die Bereitstellung an betrieblichen Ausbildungsplätzen in der Regel.

Prognosen des BIBB für 2020 bei den Szenarien-Analysen zeigen:

- * Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2020 voraussichtlich weniger als 500.000 Neuabschlüsse (mind. - 25.000 als 2019), bei -7% BIP, Rückgang der neuen Ausbildungsverträge um ca. 44.500

- * Zahl nicht vermittelter Bewerber*innen bei einem unverminderten Ausbildungsinteresse bei einem Wirtschaftswachstumseinbruch von rd. 7%: max.

89.700 Personen (+16.000 als 2019); bei zweistelligem Wachstumseinbruch: könnte auf 97.700 ansteigen

* Nicht gezählt ca. 270.000 Jugendliche im Übergangssystem

* Bei zurückgehenden Vermittlungschancen sinkt das Ausbildungsinteresse besserqualifizierter Jugendlicher ohne Anstieg der Vermittlungschancen für gering qualifizierte Jugendliche (2019: Schulabbrecherquote von 5,7% auf 6,3% bei Jugendlichen, mit Migrationsgeschichte von 14,2 % auf 18,1% gestiegen.)

* Die Zahl der „Dropouts“ wird vermutlich steigen.

* Branchenanalysen zeigen: vor allem Ausbildungsplätze betroffen, die von Personen mit Hauptschulabschluss ergriffen werden. Die Zahl der unvermittelten Bewerber könnte stärker ansteigen als es sich durch die ökonomischen Schätzungen ergibt, denn diese Jugendlichen haben weniger Optionen für alternative Ausbildungswege.

-> Betriebe müssten in besonders betroffenen Branchen unterstützt werden, für die keine Nachholeffekte in der „Post-Corona-Zeit“ erwartet werden, beispielsweise das „Gastgewerbe“ oder „Sport und Tourismus“.

- DGB (PM, 24.06.2020): Industrie und Handel, aber auch das Handwerk verzeichnen bisher je nach Region einen Rückgang von bis zu 20 % der Ausbildungsverträge

- DiW u.a. Makroökonomieinstitute:

Sehr große Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen und Branchen

- BWHT (BW): Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern" mit den Prämien wird skeptisch gesehen; sehr schwierig könnte es erst im Herbst 2021 werden (dann wird deutlich, welche Betriebe es nicht mehr gibt bzw. in großen Problemen stecken).

-> Gerade die stark gefährdeten Dienstleistungssektoren, z.B. Hotel und Gastronomie, Tourismus, Einzelhandel, Kultur, Reinigung, Logistik, sind für benachteiligte Personengruppen wichtig

- Auch die Situationen innerhalb der Übergangsystems-Maßnahmen müssen in den Blick genommen werden. Es geht um das Thema Kooperationen und Anschlüsse: diese müssen gesichert werden, damit keine Abbrüche entstehen (z.B. bei Berufseinstiegsbegleitung, bei berufsvorbereitenden Maßnahmen; bei Betriebspraktika).

Andererseits: welche mittel- und langfristigen Auswirkungen sind für die einzelnen Personengruppen (Jugendliche, Familien, (Aus-)Bildungsfachkräfte) zu erwarten?

Wir sehen deutlich die Gefahr der steigenden digitalen und sozialen Spaltung, von der benachteiligte Zielgruppen besonders betroffen sind.

Denn sie haben zu kämpfen mit:

- Schwierigen (beengten) Wohnverhältnissen, mangelnder Elternunterstützung. Besonders benachteiligte Jugendliche bräuchten die nötige familiäre Unterstützung zur Strukturierung des Alltags. Auch aufgrund familiärer Problemlagen wird die Erledigung von schulischen Aufgaben erschwert. Die besondere Situation von Alleinerziehenden ist ebenfalls zu berücksichtigen.
- Zugang zu Technik: fehlende Finanzmittel für nötige technische Infrastruktur für eLearning/hybrides Lernen; viele dieser Jugendlichen verfügen weder über einen Laptop, PC oder Drucker, noch über einen leistungsfähigen Internetanschluss und entsprechendes Datenvolumen. Zudem ist es oft für viele auch schwierig, die Technik adäquat zu nutzen bzw. verfügen über mangelnde Kompetenzen, diese Technik zielgerichtet einzusetzen.
- Und sie sind besonders angewiesen auf persönlichen Kontakte und Beziehung.
- Und besonders für diese Zielgruppen hat das Lernen durch „begreifen“ und praktische Anwendung besonders große Bedeutung.

Wir brauchen jetzt erst recht:

- Breit angelegte Strategien und flächendeckende Lösungen, um in der Krise verstärkt abgehängte junge Menschen aufzufangen.
- Mehr denn je passgenaue Angebote, die den Lebenslagen dieser jungen Menschen entsprechen und die den Kompetenzanforderungen an eine zukünftige Arbeitswelt Rechnung tragen.
- Es gilt, sehr differenziert zu analysieren (kommunales Monitoring, Bildungs-/Jugendbericht), wer welchen Unterstützungsbedarf wann hat, im Sinne einer vorausschauenden Strategie. Dazu bedarf es enger Abstimmung und Kooperation der Akteure.
- Die kommunale Ebene sollte die vielfältigen Angebote und Kompetenzen der Jugendsozialarbeit, v.a. die der mobilen Jugendarbeit und der Straßensozialarbeit, der Jugendmigrationsdienste, Schulsozialarbeit sowie der Offenen Arbeit einzubeziehen.

Insgesamt:

Die Kluft zwischen Arm und Reich (Personen, Schulen, Kommunen, Regionen) zwischen prekär und privilegiert wächst in der Krise deutlich.

Der Gefahr der sozialen und digitalen Spaltung im Bildungssystem muss man jetzt stoppen!

Auch weil dies ein Nährboden für Radikalisierung und Extremismus ist und somit auch eine Gefahr für die Demokratie.

Dabei sind auch Fragen offen wie:

- welche Ressourcen im kommunalen Raum stehen zukünftig zur Verfügung?
 - * Hinsichtlich der Einnahmenseite durch kaum zu prognostizierende kommunal-regionale wirtschaftliche Entwicklungen (KMU-Insolvenzen, ...
Gewerbesteuereinnahmen...)
 - * Hinsichtlich der zu erwartenden (Ein)Spar-Haushalte angesichts der riesigen
Mrd.-Bundes(schulden)mittel, der föderalen Finanzströme
- Wie wird mit den sog. freiwilligen Leistungen (der Kinder- und Jugendhilfe) umgegangen?
- Kann und sollte auch das „Übergangssystem“, die biographische Phase Übergang Schule-Ausbildung/Arbeit neu gedacht werden?

Abschließendes Fazit:

Wenn die Akteure in der Politik und der Verwaltung nicht gegensteuern und das Übergangssystem auf solide gesetzliche und finanzielle Grundlagen stellen, bleiben Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit weiterhin „nur“ Nothilfe, Reparaturbetrieb, Feuerwehr!

Günter Buck

BAG EJSA

Stuttgart, 13.07.2020